

INFOPERU93

Der Newsletter der Informationsstelle Peru e.V.

Inhaltsverzeichnis

1. [Editorial No 93 \(Hildegard Willer\)](#)
2. [Paulo Vilca: „Niemand weiss, welches Ziel diese Regierung verfolgt“ \(Ojo Público\)](#)
3. [Neues Forstgesetz fördert Entwaldung und bedroht indigene Völker \(Annette Brox\)](#)
4. [Cesar Ipenza: „Die EU-Entwaldungsnorm diene als Vorwand“ \(Hildegard Willer\)](#)
5. [Veranstaltungen und Hinweise – Februar 2024](#)
6. [Kleinbäuerliche Landwirtschaft in der Krise \(Annette Brox\)](#)
7. [César Bazán: „Koloniale Mentalität lebt in den Köpfen peruanischer Juristen weiter“ \(Hildegard Willer\)](#)
8. [Die doppelte Staatsangehörigkeit kommt \(Melva Pérez\)](#)
9. [Coca als Chance. Symptompolitik beenden \(Lucho Guerrero/Heinz Schulze\)](#)
10. [Coca – das Blatt wenden. Neue Broschüre der Infostelle](#)
11. [Kurz gemeldet – Februar 2024](#)
12. [Bergbau: Gemeinsame Süd-Nord-Aktionen stärken \(Vanessa Schaeffer/ Mattes Tempelmann\)](#)
13. [Kupferkonzern missachtet Menschenrechte](#)
14. [EU-Pestizide vergiften Gemüse in Peru \(Heinz Schulze\)](#)

1. Editorial No 93

Liebe Leserin, lieber Leser des InfoPeru,

selten war Peru so lange und so prominent in den deutschen Medien wie in diesen Wochen. Schuld daran sind Fahrradwege in Lima und anderen Städten, die im Rahmen der staatlichen deutschen Entwicklungszusammenarbeit finanziert wurden. Das sei doch nicht möglich, dass der deutsche Steuerzahler Radwege in Peru finanziere, aber kein Geld für seine eigenen Bauern habe, witterte die ehemalige AfD-Abgeordnete Joana Cotar. Die Fahrradwege in Peru müssen der politischen Opposition und sonstigen Unzufriedenen in Deutschland besonders ins Auge gestochen sein, denn bis heute werden sie angeführt dafür, dass die Bundesregierung Geld für unsinnige Dinge ausgabe.

Wer das behauptet, ist allerdings noch nie Fahrrad gefahren in Lima. Sich mit dem Fahrrad in den Verkehrsdschungel von Lima zu stürzen, kann lebensgefährlich sein. Deswegen gibt es auch, relativ zur Einwohnerzahl, noch so wenige Radfahrer in Lima. Gute Radwege machen das Radeln nicht nur sicherer, sondern bringen auch sehr viel mehr Menschen dazu, sich mit dem Fahrrad, statt dem Auto fortzubewegen.

Doch hinter dem Aufregethema „Radwege in Peru“ geht es um etwas ganz anderes: soll Deutschland weiterhin uneigennützig Entwicklungszusammenarbeit leisten, oder muss die EZ in Zeiten knapper Kriegskassen sich, wie China, darauf beschränken, dort Gelder einzusetzen, wo man selber etwas davon hat – z.Bsp. beim Zugang zu Rohstoffen. Diese Diskussion wird kommen und wir als Infostelle Peru sollten uns dafür wappnen mit guten Argumenten.

In Peru kümmern sich wenige um die weltweite Sicherheitslage weit weg. Ja, nicht einmal um die nationale Sicherheitslage. Wenn sich jemand fragt, wie sich Präsidentin Boluarte und der Kongress trotz Zustimmungswerten von unter 10% sich im Amt halten können, findet eine Antwort in der illegalen Ökonomie. Im letzten Jahr sind der illegale Goldabbau und der Kokaanbau für den Drogenhandel nochmal gewachsen – oft mit tatkräftiger Hilfe des Kongresses. Der Jurist Cesar Ipenza [berichtet davon](#) in diesem InfoPeru.

Hinweisen möchte ich Sie auch auf eine neue Broschüre der Infostelle: Coca – Das Blatt wenden. Darin wird die Geschichte der Coca und ihrer Kriminalisierung dargestellt und Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt. Sie können die Broschüre kostenlos [hier](#) herunterladen.

Wenn Sie darüber und über vieles mehr mit anderen Mitgliedern der Infostelle ins Gespräch kommen wollen, dann sollten Sie sich den 26. – 28. April in Ihrem Kalender vormerken: dann findet das jährliche Peru-Seminar der Infostelle in Köln statt. [Hier](#) geht es zur Anmeldung.

Eine anregende Lektüre des InfoPeru wünscht Ihnen

Hildegard Willer

Redakteurin InfoPeru



Paulo Vilca ©privat

2. „Niemand weiß, welches Ziel diese Regierung verfolgt“

Interview mit dem Politikwissenschaftler Paulo Vilca

„Dina Boluarte hat kein klares Ziel für das Land“, sagt der Politologe und Jurist Paulo Vilca und spricht von einer geschwächten Regierung und den Herausforderungen für dieses Jahr. Das Interview führte Delsy Loyola für OjoPúblico.

Auch zu Beginn des neuen Jahres erhält Präsidentin Dina Boluarte in allen Umfragen hohe Ablehnungsraten. Wie bewerten Sie ihre Regierung?

Seit dem Ende der Regierung Fujimori hatten wir keine Regierung mehr, die von der Mehrheit der Bevölkerung so stark abgelehnt wurde. Ich glaube, dafür gibt es vielfältige Gründe. Zum einen natürlich die Proteste und der Sturz von Pedro Castillo, die die ersten Monate der Regierung prägten. Ein Jahr später überwiegen andere Gründe, die übrigens im ganzen Land dieselben sind.

Im März und April gab es den Zyklon Yaku. Er war zwar ein Naturereignis, machte aber die Ineffizienz der Regierung bei der Krisenbewältigung offensichtlich. Dann war da noch die Frage der öffentlichen Sicherheit. Die Regierung hatte keine konkrete Antwort auf dieses Problem.

Und dann kann man von einer gewissen Unverfrorenheit der Regierung sprechen, als Präsidentin Boluarte mit Unterstützung der rechten Kongressmehrheit die Verabschiedung eines Gesetzes erzwang, um das Land verlassen zu können, angeblich mit dieser Idee der präsidentialen Diplomatie.

Es stellte sich dann heraus, dass diese Diplomatie kaum Relevanz hatte, außer dass Boluarte mit einer Gefolgschaft von Beamt*innen reisen konnte, oft [zu Aktivitäten] ohne Bedeutung.

Ein weiterer Faktor ist die negative oder mangelhafte Leistung der Regierung im Umgang mit der wirtschaftlichen Situation des Landes. Wenn es etwas gab, das die letzten Regierungen auszeichnete, dann war es, dass es zwar Krisen und politische Instabilität gab, aber die Makroökonomie im Allgemeinen auf Kurs blieb. Das Wirtschaftswachstum schien etwas zu sein, das trotz der politischen Instabilität anhalten konnte. Mit dieser Regierung ist das nicht mehr der Fall. Es mag zwar stimmen, dass es externe Faktoren gibt, aber das Wirtschafts- und Finanzministerium trägt ein hohes Maß an Verantwortung.

Meinen Sie, dass das Kabinett in Anbetracht der Probleme im Land umbesetzt werden muss?

Es gibt mehrere Ressorts, in denen der Verschleiß von Minister*innen besonders offensichtlich ist. Das Wirtschaftsministerium sticht dabei am meisten hervor, aber auch das Energie- und Bergbau- sowie das Kulturministerium, dessen Minister in den letzten Monaten wegen des Verkaufs von Eintrittskarten für Machu Picchu von sich reden machte.

Ich habe jedoch meine Zweifel, dass das Auswechseln von Minister*innen einen Kurswechsel in der Regierung bedeuten könnte. Der erste Grund ist, dass nicht die Regierung, sondern vor allem der Kongress den Takt vorgibt; und andere Akteure, wie zum Beispiel das Verfassungsgericht oder ab einem bestimmten Punkt auch die Staatsanwaltschaft. Die Regierung ist nicht die Akteurin, die die politische Initiative in der Hand hat.

Dazu kommt, dass weder Präsidentin Dina Boluarte noch Premierminister Alberto Otárola ein klares Ziel für das Land haben. Was für ein Erbe wollen sie denn hinterlassen? Es gibt keinen klaren Kurs, der mehr wäre als den Fortbestand und das Überleben [der Regierung] zu sichern. Das macht jeden Kabinettswechsel oder jede Änderung wenig wirkungsvoll.

Im letzten Jahr haben wir eine Interessenkoalition aus verschiedenen Bereichen der Staatsmacht erlebt. Glauben Sie, dass dieses "Bündnis" nach der Krise im Dezember zerbrochen ist?

Ich bin mir nicht sicher, ob man von einem Bündnis sprechen kann. Vielmehr gab es ein gemeinsames Interesse von Kongress, Staatsanwaltschaft, Regierung, Verfassungsgericht und Ombudsstelle, die alle einen Status quo aufrechterhalten wollen, der ihnen ihre Machtpositionen sichert.

Das ist das gemeinsame Interesse. Darauf beruht die Logik ihrer Entscheidungen: „Wir werden nichts tun, was dazu führen könnte, dass jemand von uns seine Macht verliert“. Trotz dieses gemeinsamen Interesses ist es ein sehr instabiles Regime. Erstens, weil die Ablehnung so groß ist, und zweitens, weil es so verschiedene Interessen vertritt. Welches Interesse haben Perú Libre

und der Fujimorismo gemeinsam, abgesehen vom Machterhalt und – so scheint es – dem Bemühen, sich der Justiz zu entziehen?

Kann diese Interessenkoalition jenseits von Ideologien, die das Gleichgewicht der Kräfte gefährdet, längerfristig bestehen?

Das ist schwer zu sagen. Aber wenn uns die Geschichte unseres Landes eines lehrt, dann ist es, dass sich die Dinge sehr schnell ändern können. Der ehemalige Präsident Martín Vizcarra wurde auf dem Höhepunkt seiner Popularität abgesetzt, als niemand damit rechnete. Pedro Castillo endete mit dem Versuch eines Staatsstreichs. Peruanische Politiker*innen machen Fehler, und auch die jetzigen sind nicht davor gefeit, Fehler zu machen, die das gesamte Panorama verändern können.

Es gibt noch eine weitere Unsicherheit: All dies reicht bisher nicht für eine Reaktion der Bürger*innen aus. Das heißt aber nicht, dass das nicht passieren kann. Und ich glaube, dass die Chance für einen politischen Wandel in den Händen der Bürger*innen liegt.

Trotz der großen Ablehnung der Regierung haben wir in den letzten Monaten keine starke Reaktion der Bürger*innen erlebt. Woran liegt das? Ist das eine Folge der Repressionen Ende 2022 und Anfang letzten Jahres, oder ist es etwas anderes?

Es besteht zweifellos ein direkter Zusammenhang zwischen dem Ausmaß der staatlichen Repressionen und der Bereitschaft, weiter zu protestieren. Das ist ein Teil der Erklärung.

In Peru waren Proteste schon immer ein Mittel der Bürger*innen, um Einfluss auf Regierungsentscheidungen zu nehmen: Wenn sie protestierten, gab die Regierung nach oder änderte ihre Entscheidung. Das hat sich im letzten Jahr geändert. Es gab Proteste, aber keine politischen Veränderungen. Die Proteste haben an Wirksamkeit verloren.

Hinzu kommt die politische und wirtschaftliche Situation. Es ist nicht gelungen, eine gemeinsame Position zu formulieren. Und wirtschaftlich wirkten sich die Proteste vor allem in den südlichen Regionen sehr stark aus. Daher hat die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger zu Protestaktionen abgenommen.

Im Januar 2023, während der sozialen Proteste, die infolge der Repression 49 Zivilisten das Leben gekostet haben, hat Dina Boluarte gesagt: „Puno ist nicht Peru.“ Hat die Präsidentin ein Jahr später gelernt, dass Regieren auch bedeutet, für die Regionen im Landesinneren zu regieren?

Ich glaube nicht, dass Dina Boluarte eine klare Vorstellung davon hat, was es bedeutet, Peru zu regieren. Denn niemand weiß, welches Ziel diese Regierung verfolgt.

Mit diesem Satz hat sie gut ausgedrückt, was die Regierung von ihren Gegner*innen hält. Und er erklärt die Härte, mit der sie auf die Demonstrationen reagiert hat. Wer die Protestierenden nicht als gleichwertige Bürger*innen betrachtet, wird sie nicht angemessen und unter Achtung ihrer Rechte behandeln. Das war nicht nur ein Satz, das ist die Haltung, die die Regierung immer wieder an den Tag gelegt hat.

Womit erklärt sich, nach so vielen Krisen, die fehlende Verbindung von Kongress, Regierung und jetzt auch Justiz zu den Ereignissen auf den Straßen und zu dem, was die Bürger*innen von ihrer Regierung erwarten?

In den letzten Jahren konnten wir in unserem Land den allmählichen Verlust des Sinns für öffentliche Dienstleistung beobachten. Politiker*innen, ob links oder rechts, sollten irgendein politisches Ziel haben, irgendeine Veränderung, die der Mehrheit zugutekommt, anstreben. Heute beobachten wir jedoch, dass ein großer Teil der politischen Klasse sein Amt lediglich als eine Gelegenheit begreift, sich selbst zu bereichern.

Das erklärt alle Entscheidungen, die getroffen werden: die Schwächung der effektiven Zusammenarbeit, die Gegenreform der Sunedu (*Aufsichtsbehörde für das Hochschulwesen, Anm. der Übersetzerin*), das kürzlich verabschiedete Forstgesetz. Es gibt derzeit kein Instrument für die Bürger*innen, um Veränderungen anzustoßen. Protest war eines. Aber derzeit haben sie kein Mittel, um ihre Unzufriedenheit oder Ablehnung zum Ausdruck zu bringen.

In den kommenden Wochen wird die Frage der Entlassung der Mitglieder der Nationalen Justizbehörde (JNJ) im Kongress wieder aufgerollt werden. Welche Risiken birgt das für die Demokratie?

Im vergangenen Jahr hat der Kongress große Fortschritte darin gemacht, die Kontrolle über einige wichtige Institutionen zu gewinnen, etwa das Verfassungsgericht und die Ombudsstelle. Jetzt glaube ich, dass sie dasselbe mit der Justizverwaltung vorhaben. Eine Schlüsselinstitution in diesem Bereich ist das Justizministerium, das der Kongress auf jeden Fall versuchen wird, unter seine Kontrolle zu bringen.

Verschiedene politische Akteure, die im Parlament sitzen oder dort vertreten sind, haben Probleme mit der Justiz. Gegen Keiko Fujimori, Vladimir Cerrón, César Acuña, José Luna und Podemos Perú laufen Verfahren oder werden demnächst eingeleitet. Es ist offensichtlich, dass sie versuchen werden, einen größeren Einfluss auf die Akteure des Justizsystems auszuüben.

Ein weiteres Thema der Regierung war die Entscheidung des Verfassungsgerichts, Fujimori entgegen des Urteils des Interamerikanischen Menschengerichtshofes zu begnadigen. Welche Botschaft sendet sie damit an die Öffentlichkeit und was bedeutet dies für das Image des Landes auf internationaler Ebene?

Es ist ein klares Beispiel für den Zerfall der Demokratie und der Institutionen. Unter anderen Umständen wäre dies undenkbar gewesen. Es zeigt, jenseits der Frage des Images, dass dieser Fall auf politischer Ebene, zumindest im Kongress, beim Verfassungsgericht und in der Regierung, keine großen Kosten verursacht hat.

Das ist etwas, das sich ebenfalls geändert hat. Als PPK (*der damalige Präsident Pedro Pablo Kuczynski, Anm. der Übersetzerin*) der Begnadigung zustimmte, war die öffentliche Reaktion komplett anders. Jetzt hat der Fall keinerlei politischen Kosten verursacht, zumindest nicht in Form von aktiver Ablehnung durch die Bevölkerung. Wahrscheinlich auf einer passiven Ebene, mit Empörung, aber nicht auf der aktiven Ebene mit Demonstrationen.

Handelt es sich um eine Art Resignation? Könnten wir bis 2026 aus der Krise herauskommen oder gibt es keine große Hoffnung mehr?

Ich glaube nicht, dass es Resignation ist. Die Ablehnung ist offensichtlich, wir sehen Regierungsvertreter*innen, die kritisiert und offen abgelehnt werden, Abgeordnete, die mancherorts von der Bevölkerung vertrieben werden, Dina Boluarte, die geschlossene Versammlungen abhält.

Es gibt also viel Ablehnung, aber die Bürger*innen haben nicht die Mittel, um diese Empörung in Entscheidungen der Politiker*innen umzusetzen. Wenn wir an 2026 denken: Die Wahlen werden das Mittel sein, das die Bürger*innen nutzen werden, um ihre Ablehnung auszudrücken.

Übersetzung und Zusammenfassung: Annette Brox

Das komplette Interview auf Spanisch ist [hier](#) zu lesen.

Wir danken OjoPúblico und Paulo Vilca für die Genehmigung zur Veröffentlichung.

3. Neues Forstgesetz fördert Entwaldung und bedroht indigene Völker

Am 11. Januar hat der peruanische Kongress ein neues Forst- und Wildtiergesetz verabschiedet. Mit dem Gesetz – so die einhellige Einschätzung von Umwelt- und Menschenrechtsexpert*innen – wird der weiteren Abholzung des Regenwalds Vorschub geleistet. Die Rechte der betroffenen indigenen Völker werden bedroht.

Wald leichter in landwirtschaftliche Fläche umwandeln

Das neue Forstgesetz legt fest, dass für eine Landnutzungsänderung, also für die Umwandlung von Wald in landwirtschaftliche Fläche, zukünftig weder Bodenanalysen noch

Umweltverträglichkeitsprüfungen und auch keine Vorabkonsultation der betroffenen indigenen Bevölkerung mehr verpflichtend sind. Bisher durften Waldflächen als nationales Naturerbe ohne die Bodenklassifizierung nicht in Privateigentum übergehen. Diese grundlegende Hürde fällt jetzt weg. Die [Zuständigkeit](#) geht vom Umwelt- an das Landwirtschaftsministerium über.

In den letzten 30 Jahren wurden in Peru schätzungsweise 11 Mio. Hektar Wald in agroindustrielle Monokulturen umgewandelt, so die peruanische Umweltschützerin [Lucila Pautrat](#). Mit dem Waldgesetz werden nun Verstöße gegen das bisher geltende Waldgesetz formal bestätigt und straffrei gemacht. Davon profitieren vor allem die [großen Agrarunternehmen](#), die sich große Flächen oft ohne ordentliche Genehmigung aneignen und Landhandel betreiben, und [kriminelle Vereine](#), die sich Land illegal aneignen.

Es gibt rund 10.000 Fälle von Straftaten in Bezug auf den Waldschutz, schätzt das [Umweltministerium](#). Mindestens 3.000 davon laufen Gefahr, mit dem neuen Gesetz im Nachhinein für rechtmäßig erklärt zu werden. Nicht nur die jahrelangen Ermittlungen und Prozesse und deren Kosten waren damit nutzlos, es gibt auch keine Chance auf Wiedergutmachung oder Geldstrafen mehr.

Das Gesetz erhöht auch die Rechtsunsicherheit und die Gefahren für 710 indigene Gemeinden, die noch keine Titel erhalten haben und deren Gebiete unter dem Druck von Siedler*innen, Unternehmen und illegalen Akteuren stehen, warnt die Nationale Menschenrechtskoordination [CNDDHH](#).

Ein verfassungswidriges Gesetz

Die Umweltschützerin Lucila Pautrat hat eine [Verfassungsklage](#) gegen den Präsidenten und den Vizepräsidenten des Kongresses eingereicht. Denn Artikel 66 der peruanischen Verfassung definiert Wälder, Waldflächen und Böden als natürliche Ressourcen und nationales Naturerbe. Deshalb könnten sie nicht als Privateigentum behandelt, sondern nur mit staatlichen Konzessionen vergeben werden, so wie andere natürlichen Ressourcen wie Mineralien oder Erdöl auch. Das Gesetz verstößt nicht nur gegen die Verfassung, sondern auch gegen das Recht auf Vorabkonsultation der indigenen Gemeinden. Es „ist nicht nur ein Angriff auf alle Wälder in Peru, sondern es schafft auch einen Zustand der Straffreiheit für alle Gesetzesverstöße, Forst- und Umweltverbrechen“, so Lucila Pautrat.

Bei der COP 15 im Jahr 2010 hat sich Peru verpflichtet, die Entwaldung bis 2021 zu stoppen. Die Entwaldung hat seither jedoch im Gegenteil immer größere Ausmaße angenommen. Peru verstößt gegen seine internationalen Verpflichtungen zum Wald- und Klimaschutz und erhält gleichzeitig Geld aus der Entwicklungszusammenarbeit genau zu diesem Zweck, kritisiert [Lucila Pautrat](#).

Auch die Menschenrechtsorganisation IDL (Instituto de Defensa Legal), die Bischöfliche Sozialkommission CEAS und die Jurist*innen César Ipenza Peralta und Patricia Torres Muñoz haben gemeinsam eine [Verfassungsklage](#) eingereicht. Sie sehen verschiedene Verfassungsgrundsätze verletzt, u.a. den Schutz der biologischen Vielfalt, die nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen und die soziale Rechtsstaatlichkeit.

Seit langem geplant

Pläne zur Änderung des Forstgesetzes gab es schon länger, der erste Anlauf war Ende 2021. Im Juli 2022 war schon einmal ein neues Gesetz vom Kongress verabschiedet worden. Damals intervenierte jedoch die Regierung, da mehrere Beamte warnten, dass Peru mit diesem Gesetz gegen bestehende Handelsverträge mit den USA und der EU verstoße. Im März 2023 gab es einen neuen Anlauf, der aber nicht die nötige Mehrheit erhielt. Neun Monate später, im Dezember 2023, wurde der Gesetzesvorschlag erneut eingebracht und vom Kongress ohne weitere Beratungen und ohne die Berücksichtigung fachlicher Stellungnahmen angenommen. Der Geschäftsführer der Forstbehörde [SERFOR](#) hatte in einem internen Schreiben Regierungsvertreter gewarnt, dass das Gesetz sich negativ auf die Klimaverpflichtungen Perus auswirke und „mögliche Risiken der Entwaldung“ bringe. Dennoch äußerte sich das Landwirtschaftsministerium nicht öffentlich zum Gesetzesvorhaben. Ebenso wenig wie das Umweltministerium, das bisher für die Stellungnahmen und Umweltverträglichkeitsprüfungen, die jetzt abgeschafft wurden, zuständig war.

Wer sich für die Gesetzesänderung stark machte

Im Gesetzgebungsverfahren gab es mehrere Unregelmäßigkeiten. Insbesondere wurde die Verpflichtung zur Vorab-Konsultation ignoriert, die für alle Vorhaben gilt, die indigene Völker betreffen. Dies trifft zweifellos auf das neue Forstgesetz zu. Außerdem hatten zwei Kongressabgeordnete Eingaben gemacht, die in der Plenarsitzung hätten behandelt werden müssen und die der Parlamentspräsident schlicht und einfach ignorierte. Das hohe Tempo und die Unregelmäßigkeiten im Gesetzesverfahren zeigten, „dass hinter diesen Entscheidungen legale und illegale wirtschaftliche Kräfte stehen, die mehr Gewicht haben als die Einhaltung nationaler und internationaler Abkommen“, erklärt die CNDDHH.

Tatsächlich hatten sich im Vorfeld [mehrere Unternehmensverbände](#) für die Gesetzesänderung stark gemacht. Der mächtige Unternehmervverband Confiep (Confederación Nacional de Instituciones Empresariales Privadas) hatte dem Präsidenten des Kongresses geschrieben, und die Vereinigung der Exportunternehmen Adex (Asociación de Exportadores), die Industriegesellschaft SNI (Sociedad Nacional de Industrias) und die Vereinigung der Kaffeeproduzenten JNC (Junta Nacional del Café) hatten eine öffentliche Erklärung abgegeben.



Foto: Rettet den Regenwald/Flickr(CC BY-NC-SA 2.0)

Das neue Gesetz und die EU-Entwaldungsnorm

Die Befürworter*innen argumentieren, das Gesetz begünstige arme Kleinbäuerinnen und Kleinbauern im Rahmen der EU-Verordnung für entwaldungsfreie Lieferketten. Kleinerzeuger sollen formalisiert werden, damit sie Zugang zu internationalen Märkten erhalten, die entwaldungsfreie Produkte verlangen. Tatsächlich aber werden es die Landwirte noch schwerer haben, prognostiziert Jurist [César Ipenza](#). Er erwartet, dass Peru auf die rote Liste der Länder gesetzt wird, die die Mindestvoraussetzungen nicht erfüllen. Auch die Freihandelsabkommen mit den USA und der EU würden betroffen, wenn internationale Standards nicht eingehalten werden.

Kritik von allen Seiten

Der Protest gegen das Gesetz ist breit: Schon im Dezember 2023 hatten [70 zivilgesellschaftliche Organisationen](#) in einem Brief an die EU vor dem Gesetz gewarnt, da es gegen internationale Verpflichtungen zum Klima- und Waldschutz verstoße und damit auch den Freihandelsvertrag zwischen der EU und Peru in Frage stelle. Die indigene Dachverband [AIDSESP](#), die autonomen [Regierung der Awajún](#) und sogar die peruanischen [Regionalregierungen](#) kritisieren das Gesetz. Auch die [katholischen Bischöfe](#) im Amazonasgebiet und peruanische Bischofskonferenz haben vor den Folgen gewarnt. Das Gesetz begünstige die Abholzung des Amazonas und gefährde ernsthaft seinen Bestand.

Ende Januar gab es öffentliche Proteste vor dem Kongressgebäude.

Und die Botschaften von Deutschland, Großbritannien, Kanada und Norwegen haben in einer [gemeinsamen Erklärung ihre Sorge](#) über die „möglichen Auswirkungen“ zum Ausdruck gebracht. Die Länder haben mit Peru eine „Gemeinsame Absichtserklärung“ zum Klima- und Regenwaldschutz unterzeichnet, in deren Rahmen erhebliche finanzielle Mittel fließen. Sie hoffen auf Gespräche mit der peruanischen Regierung darüber, „wie sich diese Gesetzesänderungen auf Initiativen zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung des Waldes sowie auf die Rechte der indigenen Völker auswirken würden“, heißt es in der [Erklärung](#).

Schließlich hat sich auch der [UN-Sonderberichterstatter](#) für indigene Völker Francisco Calí Tzay sehr kritisch zu den Gesetzesänderungen geäußert. Auch er warnt davor, dass die neuen Regelungen „Straffreiheit für Verbrechen wie illegalen Holzeinschlag, Abholzung und Nutzungsänderung bewirken, was den Kampf gegen die Entwaldung schwächen und die aktuelle Klimakrise verschärfen würde“. Diese Reformen ignorieren, „dass die Enteignung von Land die treibende Kraft hinter der Gewalt gegen indigene Führer ist und einen Rückzug des Staates in ländlichen Gebieten bedeutet“.

Annette Brox

Siehe auch das [Interview](#) mit dem Umweltjuristen Cesar Ipenza in diesem InfoPeru.

4. „Die EU-Entwaldungsnorm diene als Vorwand“

Cesar Ipenza ist ein peruanischer Umweltjurist und spezialisiert auf Umweltstrafrecht. Hildegard Willer hat mit ihm über das neue Waldgesetz und ein drohende neue Regelung für den Kleinbergbau gesprochen.

Was genau ist neu [im modifizierten peruanischen Forstgesetzes](#) und warum sind diese Änderungen so gefährlich für den Waldschutz?

Der Wald ist immer beides: Quelle für Holz und landwirtschaftliche Nutzung; und Quelle von ökosystemischen Leistungen, wie Klimaregulierung, CO₂-Speicher. Neu ist, dass bei den Vorgaben zur Zonifizierung – also ob ein Waldstück landwirtschaftlich genutzt werden darf oder geschützt werden muss – das Umweltministerium nicht mehr verbindlich mitreden darf. Es überwiegt also wieder eine extraktivistische Sicht des Waldes als Ort der Ausbeutung natürlicher Ressourcen. Eine weitere Zusatzklausel macht mir Sorgen: bestimmte, bereits entwaldete Gebiete dürfen ohne weitere Abklärungen den Titel für die landwirtschaftliche Nutzung erhalten. Das ist wie ein Freifahrtschein für diejenigen, die vorher abgeholzt haben, und die nun einfach einen Strich darunter ziehen und nicht mehr belangt werden können. Davon profitieren besonders die großen Investoren in Palmöl-Plantagen.

Eine der Begründungen für die Änderungen im Forstgesetz war, dass damit den kleinen Kaffee- und Kakaoproduzenten geholfen würde, die sonst die Anforderungen für die neue EU-Entwaldungsnorm nicht einhalten könnten. Was sagst Du dazu?

Das geänderte Waldgesetz nutzt den kleinen Produzenten nicht. Denn die EU-Norm verlangt ja, dass die Produzenten per GPS-Daten den genauen Ort ihrer Produktion nachweisen müssen. Per Satellitenfoto kann man genau sehen, ob da Wald gestanden hat oder nicht, und der Produzent damit die EU-Entwaldungsnorm erfüllt oder nicht. Im Gegensatz: das geänderte Waldgesetz könnte zur Folge haben, dass Peru von der Europäischen Union als Hochrisiko-Produzent auf die rote Liste gesetzt wird.

Was die Erlangung der Landtitel angeht: es gibt verschiedene Rechtsformen, die den Besitz nachweisen, nicht nur der Eintrag als Privatland im Kataster. Kaffee- oder Kakaoproduzenten können auch einen Pachtvertrag mit dem Staat über 40 Jahre abschließen, in dem sie sich zum Waldschutz und zum Anbau im Agroforstsystem verpflichtet.

Für mich ist die Sorge um die kleinen Produzenten und die Erfüllung der EU-Norm nur vorgeschoben. Hinter der Gesetzesänderung stehen die Lobbyisten der großen Agrarfirmen.



Der peruanische Umweltjurist Cesar Ipenza @privat

Die Gesetzesänderung wurde vom Kongress beschlossen. Kann man die noch rückgängig machen?

Es gibt verschiedene Wege, das Gesetz zu Fall zu bringen. Zum einen sind bereits zwei Gesetzesvorschläge in diese Richtung eingebracht worden im Kongress. Die werden es aber schwer haben, angenommen zu werden. Der andere Weg ist eine Klage beim Verfassungsgericht einzulegen. Mehrere Gremien und Institutionen haben bereits Klage eingereicht. Der

Berufsverband („Colegio“) der Soziologen hat eine Klage eingereicht, bei der ich mitgearbeitet habe. Die Argumentation ist, dass das neue Gesetz gegen Artikel 69 der Verfassung verstößt. Dieser Artikel besagt, dass der Staat die nachhaltige Entwicklung Amazoniens mit einer angepassten Gesetzgebung fördert. Die Klage wurde eingereicht, wurde aber vom Verfassungsgericht noch nicht angenommen. Dies kann einige Zeit dauern, bis es ein Urteil geben wird.

Ein anderer Gesetzesvorschlag, der zur Abstimmung im Kongress ansteht, will die Rechte der kleinen Goldschürfer fördern. Worum geht es da genau?

Goldschürfer, die in die Kategorie „Handwerklicher oder kleiner Bergbau“ fallen, konnten sich in ein staatliches Register einschreiben, und damit ihren Willen zur Formalisierung kundtun. Formalisierung bedeutet Einhaltung der staatlichen Normen, um Kleinbergbau betreiben zu können. Sobald man im Register „Reinfo“ eingeschrieben ist, darf man legal Gold schürfen und verkaufen, auch wenn man die Auflagen noch gar nicht erfüllt. Die Frist für die Einschreibung in „Reinfo“ war immer wieder verlängert worden.

Der neue Gesetzentwurf will das Register nun wieder für 60 resp. 90 Tage öffnen. Das heißt, bisher illegal arbeitende Goldschürfer können deklarieren, dass sie sich formalisieren wollen und werden damit legal. Selbst wenn sie die Umweltauflagen nicht einhalten, können sie dann strafrechtlich nicht mehr verfolgt werden.

Und was ist schlecht daran?

Weil es damit immer so weiter geht: ich fange an Gold zu schürfen, illegal; schreibe mich ein und werde – auf dem Papier – legal.

Die Lösung wäre, dass jemand, der neu anfängt Gold zu schürfen, vorher die Genehmigungen einholt, und bereits die Bewilligung hat, bevor er anfängt zu schürfen.

Richtig wäre auch, wenn der Staat sagen würde, dass es nur eine beschränkte Zahl von legalen Goldschürfern geben kann und nicht jeder, der möchte, dies legal machen kann.

Kann das europäische Ausland da irgendwie Einfluss nehmen?

Beim Gold müssen die Länder achtsam sein, welche Art von Gold in ihr Land gelangt und dort legal verkauft wird.

Beim Waldschutz hat der peruanische Staat große Finanzgeber wie Norwegen, Großbritannien, Deutschland. Die sollten sehr klar ihre Stimme in den Verhandlungen mit dem peruanischen Staat erheben.

Hildegard Willer

5. Veranstaltungen und Hinweise – Februar 2024

Ende April findet das jährliche Peru-Seminar der Infostelle statt und vieles mehr.....

Veranstaltungen

Peru-Seminar: Just Transition – Sozialer Wandel in Peru

26. bis 28. April 2024 in Köln

Was heißt Just Transition im Kontext einer dramatischen politischen und demokratischen Krise? Das diskutieren wir mit Vertreter*innen der peruanischen Zivilgesellschaft, der deutschen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit und von in Lateinamerika aktiven Unternehmen. Und anhand von konkreten Beispielen.

Herzliche Einladung zum Peru-Seminar 2024!

Nähere Informationen, Programm und Anmeldung [hier](#).

Frauenkämpfe gegen sexualisierte Gewalt: ein deutsch-peruanischer Erfahrungsaustausch

Online auf Zoom

Donnerstag, 14. März, 19 Uhr

Häusliche und sexualisierte Gewalt gegen Frauen gibt es in Peru und in Deutschland. 2022 wurden in Peru 147 Femizide verübt. Im letzten Jahr hat das Frauenministerium über 320.000 Fälle häuslicher Gewalt registriert. In Deutschland waren in den letzten zehn Jahren jährlich zwischen 110 und 155 Frauen Opfer von Femiziden. Und 2022 haben über 190.000 Frauen häusliche Gewalt erlitten.

In beiden Ländern kämpfen Frauenorganisationen gegen jegliche Form häuslicher und sexualisierter Gewalt. Wir berichten über die Situation, über Rückschläge und Erfolge der Frauenbewegung.

Mit

Angélica Motta, Wissenschaftlerin, Feministin, Aktivistin, Universität San Marcos, Lima

Johanna Wiest, Referentin für Häusliche und Sexualisierte Gewalt, TERRE DES FEMMES, Berlin

Nähere Informationen und Anmeldung [hier](#).

SAVE THE DATE**Endlich: Doppelte Staatsbürgerschaft auch für Peruaner*innen und Deutsche****Online auf Zoom****Samstag, 27. Juli, 19 Uhr**

Der Bundestag hat die doppelte Staatsbürgerschaft beschlossen. Damit können Peruaner*innen, die in Deutschland leben und die Voraussetzungen erfüllen, Deutsche werden, ohne wie bisher die peruanische Staatsbürgerschaft aufgeben zu müssen. Das Gleiche gilt natürlich umgekehrt für in Peru lebende Deutsche auch.

Noch ist das Gesetz nicht in Kraft. Wenn es soweit ist, laden wir zu einer Informationsveranstaltung mit der peruanischen Rechtsanwältin **Ana Melva** ein, die alle Fragen rund um das Prozedere zur Einbürgerung und doppelten Staatsbürgerschaft beantworten kann.

Hinweise**Vergangenheitsbearbeitung nach Kriegen und Diktaturen****Eine Brücke zwischen Vergangenheit und Zukunft bauen****Workshop am 1. – 3. März in Berlin**

Welche Verbindungen können wir zwischen dem Bürgerkrieg in Peru 1980 bis 2000, dem Rote Khmer Regime in Kambodscha und der Diktatur in Uruguay zu den aktuellen Kriegen und Konflikten erkennen? Was können wir tun, um uns weniger machtlos zu fühlen? Es geht darum einen kontroversen Austausch zu unterstützen, wobei wir allen Perspektiven Gehör verschaffen möchten.

Mit

Heeder Soto Quispe, Dokumentarfilmer, Ethnologe, Künstler, Aktivist**Karen Francia Font**, Studium der Psychologie, Kamera und Theaterpädagogik, soziale Aktivistin und freiberufliche Trainerin**Kerstin Kastenholz**, Mediatorin, Psychodramaleiterin und Geographin, jahrelange Beraterin in Peru und in Kambodscha zu PostkonfliktprozessenNähere Informationen [hier](#).

Wie cool, ein Kukama zu sein: der indigene Kampf für Kultur und die Rechte der Natur

[Podcast](#) mit Hildegard Willer bei den RiffReportern.

Klimaneutral? Von wegen

Unternehmen, die klimaneutraler werden wollen, können CO2-Zertifikate erwerben. Guter Wille oder blanke Täuschung? FAKT-Reporter Carmen Salas und Knud Vetten recherchierten dazu in Peru und Europa. Zu sehen in der [ARD-Mediathek](#).

Petitionen unterstützen

Petition „Giftexporte stoppen“

INKOTA, MISEREOR und PAN Netzwerk haben eine Petition „Giftexporte stoppen!“ gestartet.

Jährlich exportieren deutsche Unternehmen tonnenweise Pestizide, die in der EU verboten sind, nach Afrika, Asien und Lateinamerika – auch nach Peru. InfoPeru hat darüber berichtet. Die Ampel-Regierung hatte im Koalitionsvertrag versprochen, die giftigen Exporte rechtlich zu stoppen. Ein Entwurf liegt schon seit Monaten vor. Doch nun blockieren Teile der Bundesregierung offenbar das Verbot. Die Petition fordert deshalb die Bundesregierung auf, endlich das Exportverbot für hochgiftige Pestizide durchzusetzen. [Hier](#) kann sie unterzeichnet werden.

Amnesty international: Peru soll das Abkommen von Escazú ratifizieren

Amnesty international Peru fordert die peruanische Regierung auf, endlich das Abkommen von Escazú zum Schutz von Umweltverteidiger*innen zu ratifizieren. [Hier](#) geht es zur Unterstützungs-Unterschrift.



Kleinbauern im Rimac-Tal bei San Mateo ©Hildegard Willer

6. Kleinbäuerliche Landwirtschaft in der Krise

Eine von Oxfam in Auftrag gegebene Studie hat die Auswirkungen der globalen Krisen (COVID-19, Düngemittelknappheit, Klimakrise) auf die kleinbäuerliche Landwirtschaft untersucht und Empfehlungen für politische Antworten und mögliche Alternativen gegeben.

Wirtschaftliche Schocks, Konflikte, Unsicherheit und extreme Wetterereignisse haben in den letzten Jahren zu einer weltweiten Nahrungsmittelkrise beigetragen, von der die armen Länder am stärksten betroffen sind. Die akute Ernährungsunsicherheit hat stetig zugenommen. In nur vier Jahren hat sich die Zahl fast verdoppelt, von 135 Millionen Betroffenen im Jahr 2019 auf 257 Millionen im Jahr 2022 (FAO, IFAD, WHO, WFP, & Unicef, 2022).

Über die zunehmende Armut und die Krise der Landwirtschaft während der Covid-19-Pandemie haben wir im InfoPeru immer wieder berichtet. Doch auch nach Ende der Pandemie verbesserte sich die Situation nicht entscheidend. Die Familienbetriebe hatten am Ende der Pandemie größere Schwierigkeiten, ihr Einkommen wieder zu steigern. Ihr Armutsniveau stieg zwischen 2021 und 2022 wieder an. Ursache waren vor allem die Düngemittelknappheit und hohe Kosten auch für andere Betriebsmittel.

Auf die Düngemittelkrise hat der Staat unzureichend reagiert. Abgesehen davon, dass der Kauf von Urea auf dem internationalen Markt im Jahr 2022 scheiterte, kamen die finanziellen Hilfen für die Erzeuger*innen zu oft nicht bei den Adressat*innen an. Es mangelte an Informationen und praktischen Lösungen, sodass die Maßnahmen eher populistischer Natur als tatsächliche Hilfe waren.

Das Wetter schlägt Kapriolen

Die Saison 2022-2023 war durch Klima-Extreme geprägt. Die Dürre im Hochland zu Beginn der Saison hat zu einem starken Rückgang bei der Aussaat geführt. Dies betraf vor allem Quinoa, Kartoffeln, Stärkemais und Erbsen. Das führt natürlich zu einem Rückgang bei den Ernteerträgen.

Gleichzeitig gab es von März bis Mai starke Regenfälle insbesondere in den nördlichen Küstenregionen, die der Landwirtschaft sehr geschadet haben. Viele Landwirte und Viehzüchter hatten nichts zu essen; sie hatten ihr Vieh, ihre Höfe und ihre Häuser verloren. Sie konnten ihre Kredite nicht mehr bezahlen. Ihr Land wurde versandet und überschwemmt. Die Pflanzen, die den Regenfällen standgehalten haben, kommen nicht zum Blühen. Und die übermäßigen Regenfälle bringen zahlreiche Schädlinge und Krankheiten mit sich, die nur schwer zu bekämpfen sind.

Auch angesichts der Klimaprobleme in der Landwirtschaft hat die Politik unzureichend und kurzfristig reagiert. Es wurden Notstandserklärungen für Dürren und Überschwemmungen abgegeben, aber ohne zusätzliche Gelder bereitzustellen. Das Programm "Con Punche Agrario" konzentrierte sich auf die Bewässerungswirtschaft, vor allem an der Küste. Am stärksten von der Dürre betroffen war jedoch das Hochland. Und die meisten anderen Hilfen flossen in Programme des Landwirtschaftsministeriums, die kaum etwas mit den Klimaproblemen zu tun hatten.

Die aufeinanderfolgenden Krisen der letzten drei Jahre wirkten sich besonders für die Frauen im ländlichen Raum aus, die in der Landwirtschaft oft unsichtbare Akteurinnen sind. Auf dem Land gibt es große geschlechtsspezifische Unterschiede. Die Frauen sind überlastet, da sie sich nicht nur um die Familie kümmern, sondern auch für die Pflege von Kleintieren und Gemüsegärten zuständig sind und sich um die Bewirtschaftung der Parzellen und die Vermarktung der Produkte kümmern. In vielen Fällen müssen die Ehemänner Arbeit in Minen oder Agrarexportunternehmen suchen, und die Frauen sind allein für die Landwirtschaft und die Familie zuständig. Die Arbeitsüberlastung und eine vom *machismo* geprägte Gesellschaft verhindern, dass Frauen sich mehr am Gemeindeleben beteiligen und Leitungsfunktionen übernehmen. Dies ist einer der Gründe, warum Frauen in landwirtschaftlichen Organisationen unterrepräsentiert sind und ihre Interessen bei der Gestaltung von Regeln und politischen Maßnahmen nicht berücksichtigt werden.

Staatliche Ineffizienz im Agrarsektor

Der Fonds für das Unternehmerintum ländlicher und indigener Frauen war die erste Initiative und ein wichtiger Meilenstein für Gleichstellungsmaßnahmen im Landwirtschaftssektor. Ständig wechselndes Personal, mangelnde Berücksichtigung in der Haushaltsplanung und fehlende politische Unterstützung gefährden den Fortbestand des Fonds jedoch ernsthaft. Er ist ein wichtiger erster Schritt, aber man kann noch nicht sagen, dass dies schon eine wirkliche Politik zugunsten von Frauen mit entsprechenden interkulturellen und geografischen Konzepten wäre.

Der Agrarsektor erhält nur einen geringen Anteil am Staatshaushalt (3,5 %). Zu der Vernachlässigung trägt auch der starke politische Zentralismus bei. In den aufeinanderfolgenden Krisen, die die peruanische Landwirtschaft in den letzten drei Jahren erlitten hat, war der Staat nicht in der Lage, die negativen Auswirkungen auf die Landwirte abzumildern, vor allem, weil keine Sondermittel für die Bewältigung solcher einmaliger Ereignisse zur Verfügung gestellt werden.

Agro Rural, die wichtigste staatliche Behörde für landwirtschaftliche Familienbetriebe, verfügt über äußerst schwankende Haushaltsmittel. Und selbst diese werden immer weniger abgerufen. Die durchschnittliche Ausführungsrate lag in den letzten zehn Jahren bei 76 %. Selbst in der jüngsten Zeit der schweren Krise der landwirtschaftlichen Familienbetriebe ist die Ausführungsrate rückläufig.

Nach Ansicht der landwirtschaftlichen Verbände verfügt der peruanische Staat nicht über die notwendigen Mittel, um einen strategisch so wichtigen Bereich wie die Landwirtschaft wirksam zu unterstützen. Erforderlich sind nach Ansicht der Befragten längerfristige Maßnahmen wie der Ausbau der Infrastruktur (Straßen), ein Ausgleich für das Marktversagen und die Förderung der Dezentralisierung. Außerdem sollte es ein einziges zuständiges Ministerium geben, das über ausreichend Investitionsmittel verfügt, um zur Entwicklung des Landes beizutragen.

Annette Brox

Quelle: Agricultura familiar en el tiempo de crisis en el Perú. Diagnóstico y recomendaciones in Boletín de la exclusion al reconocimiento N. 164, Januar 2024

7. „Koloniale Mentalität lebt in den Köpfen peruanischer Juristen weiter“

César Bazán, langjähriges Vorstandsmitglied der Infostelle Peru und Mitarbeiter des Instituto de Defensa Legal, hat ein Buch über die Nachwirkungen kolonialer Mentalität geschrieben.

Anfang Oktober vor 9 Jahren fuhr der Jurist César Bazán als Mitglied eines Komitees der Menschenrechtsdelegation nach Cotabambas, Apurimac. Er sollte dort die



César Bazán Seminario ©privat

Menschenrechtsverletzungen dokumentieren. Die Bauerngemeinden hatten gegen die Kupfermine Las Bambas protestiert, hatten Straßen blockiert. Die Regierung schickte Polizei, um die Blockaden gewaltsam aufzulösen. Der 24-jährige Alberto wurde dabei von der Polizei getötet. César ging mit dem Vater des Ermordeten zur Staatsanwaltschaft, um Klage einzureichen. Zwei Stunden musste er betteln und streiten, bis der Staatsanwalt die Klage annahm. Ermittelt hat die Staatsanwaltschaft dennoch nicht, aber der Vater des Toten hatte wenigstens einen Nachweis, dass es eine Klage gibt. Der ermordete Alberto hatte ein Kind im gleichen

Alter wie der Sohn César Bazáns. „Wenn ich nicht privilegiert zur Welt gekommen wäre, dann wäre ich jetzt wohl tot“, sagte sich César.

Dieses Erlebnis vor 9 Jahren ist der Ausgangspunkt für seine Forschung darüber, wie koloniale Strukturen und Mentalitäten weiterhin die Arbeit der Justizbehörden und der Polizei in der Sierra bestimmen. Hildegard Willer hat mit ihm über die Ergebnisse seiner Doktorarbeit gesprochen.

César, was hast Du untersucht, um Antwort zu erhalten auf Deine Fragestellung, wie die koloniale Mentalität in den Organen der Justizverwaltung weiterlebt?

Ich habe zuerst einen historischen Ansatz gewählt, um die Muster der kolonialen Ordnung darzustellen. Danach habe ich Interviews geführt und Justizakten aus der Gegenwart untersucht. Insgesamt habe ich ca. 5000 Seiten Gerichtsakten ausgewertet.

Das Ergebnis ist, dass es eine klare Kontinuität der kolonialen Mentalität im Tun von Justizbehörden, Polizei und Anwälten gibt. Ein Beispiel, das viel Symbolgehalt hat: während der Proteste gegen die Kupfermine Las Bambas, standen auf einer Seite der Schranke die Leute der Bergbaufirma und die Polizei. Und auf der anderen Seite die Demonstranten und die Leute der Ombudsstelle. Dies machte sehr klar, dass die Polizei nicht neutral, sondern im Dienst eines der Akteure war.

Es ist interessant, dass Du Dich selbst als Teil des Forschungsgegenstandes siehst und die Forschungsmethodologie als „braunhäutig“ bezeichnest, als „marrón“. Was willst du damit ausdrücken?

Wenn ich die Kategorie „braunhäutig“ benutze, dann in dreierlei Absicht: zum einen, um zu sagen, dass ich als Forscher nicht dem globalen Norden angehöre und meine Position die eines braunhäutigen Menschen des Südens ist, wenn auch eines privilegierten braunhäutigen Menschen. Zum zweiten dient mir die Kategorie, um zu zeigen, dass auch im globalen Süden Wissen produziert wird, dass dieses Wissen einen Wert hat und auch Theorien hervorbringen kann. Und zum dritten will ich damit zeigen, dass die von mir untersuchten Polizisten und Juristen auch „braunhäutig“ sind, genauso „braunhäutig“ wie die demonstrierenden Bauern, gegen die sie vorgehen. Auch wenn sie sich durch ihre Studien und ihre Fachsprache nicht mehr also solche fühlen, sondern meinen, dass sie damit „weiß“ geworden sind.

Ist Rasse wirklich die wichtigste Kategorie des kolonialen Denkens? Wenn es wirklich nur um die Hautfarbe ginge, dann müsste doch halb Lima sich mit den protestierenden Quechua und Aymara aus Südperu identifiziert haben, als diese vor einem Jahr in Lima protestierten. Dem war aber nicht so...

Die Hautfarbe gibt nicht alleine den Ausschlag, ob jemand diskriminiert wird. Das wichtigste sind die kulturellen Praktiken, die mit ethnischen Gruppen assoziiert sind. Ein „braunhäutiger“ Jurist, der an der Uni studiert hat, Spanisch nach den Regeln der Spanisch-Königlichen Akademie spricht und einen Anzug trägt, fühlt sich womöglich „weißer“ als andere „braunhäutige“ Leute. Als ob der Jurist kulturelle Praktiken der „höheren Gesellschaft“ beherrscht. Doch Rassismus ist die zentrale Kategorie der diskriminierten Hierarchisierung. Sie hilft, das komplexe Gefüge der Diskriminierung zu erklären.

Du sprichst oft vom Globalen Norden, der vom Fortbestand kolonialer Mentalitäten und Strukturen profitiert. Aber der Besitzer von Las Bambas ist eine chinesische Firma. Gehört die auch zum Globalen Norden?

Die Richter und Staatsanwälte in Apurimac wissen oft gar nicht, dass die Besitzer der Mine Chinesen sind. Aber was wichtig ist: dass es ein wirtschaftlich bedeutender Akteur ist, der so und soviel Prozent zum nationalen Bruttoinlandsprodukt beiträgt. Es ist nicht wichtig, ob der Besitzer chinesisch oder Europäer ist. Tatsache ist, dass China, auch wenn es nicht zum globalen Norden gehört, eindeutig von den in Peru fortlebenden kolonialen Strukturen und Mentalitäten profitiert. China funktioniert in einer imperialen Logik und bestärkt damit die Rolle Perus als Rohstofflieferant innerhalb des globalen Kapitalismus. In einer späteren Forschung haben ein Kollege und ich den Begriff „Para-kolonialität“ geprägt, um die autoritäre Rolle von China im Globalen Süden zu erklären.

Wie haben Deine peruanischen Fachkollegen an der Universität auf Deine Forschung reagiert?

Es ist eine theoriekritische Arbeit und hinterfragt die Art, wie in Peru Recht gesprochen und Recht angewendet wird. Diese Art von rechtssoziologischer Wissenschaft ist in Peru noch recht selten.

Wenn das Buch dennoch eine gewisse Resonanz erhalten hat, dann sicher, weil es an einer angesehenen Universität des globalen Nordens als Dissertation angenommen wurde. Wäre es an einer Universität in Apurímac oder Ayacucho geschrieben worden, hätte es nicht diese Aufmerksamkeit bekommen.

In den Sozialwissenschaften trifft die Untersuchung auf größeres Interesse als bei den Juristen.

Welche Möglichkeiten siehst du, die koloniale Praxis im peruanischen Justizwesen zu durchbrechen?

Unser Jurastudium in Peru gründet vollständig auf den Rechtstheorien, die aus Europa kommen, aus Frankreich und aus Deutschland.

Unsere eigene peruanische Justizpraxis, z.Bsp. die ländlichen Bürgerwehren „Rondas Campesinas“, spielen in unserem System eine marginale Rolle. Dabei hat jedes Volk das Recht, auf seine Art Recht zu sprechen und Gerechtigkeit zu erlangen. Wir müssen dieses Recht und das vorhandene Wissen der Rechtsprechung anerkennen. Die Indigene Rechtsprechung ist ein Weg dazu. Falls es dabei zu Verstößen gegen die Menschenrechte kommt, müssen diese geahndet werden. Aber zuerst muss das indigene Recht anerkannt werden.

Wenn z.Bsp. eine Dorfgemeinde einen Dieb dazu verurteilt, auf den Berg zu laufen und wieder zurück, dann ist mir das tausendmal lieber, als wenn jemand in ein überfülltes Gefängnis geworfen wird und monatelang auf einen Richterspruch warten muss, wie dies die herrschende Rechtspraxis in Peru ist.

Das Buch „La Justicia moderna/colonial en el Sur Global. Derecho y sistema de justicia ante una minera china en los Andes quechua“ von César Bazán Seminario kann [hier](#) kostenlos als e-book heruntergeladen werden.

Hildegard Willer

8. Die doppelte Staatsangehörigkeit kommt

Für Peruaner, die Deutsche oder Deutsche, die Peruaner werden wollen, ist dies eine lang ersehnte Nachricht: Deutschland hat sein Einbürgerungsrecht modernisiert.

[Aqui](#) pueden leer la versión en castellano de este artículo

Am 19. Januar 2024 hat der Bundestag das Staatsangehörigkeitsrecht modernisiert. Am 2. Februar 2024 wurde die Modernisierung auch vom Bundesrat gebilligt. Das Gesetz muss nun noch vom Bundespräsidenten unterzeichnet werden, bevor es wie geplant in Kraft tritt.

Wir begrüßen das neue Gesetz zur Erlangung der doppelten Staatsbürgerschaft. Es spiegelt die Erwartungen von vielen Menschen aus verschiedenen Ländern der Welt wider, insbesondere von

türkischen, europäischen und lateinamerikanischen Staatsbürgern, die seit vielen Jahrzehnten in Deutschland leben. Es gab Einzel- und Gruppenbemühungen zu diesem Thema. Zum Beispiel beschäftigt sich das Komitee Gestor International (ehemals Komitee Gestor München) seit 2013 offiziell damit. Wir glauben, dass die jetzige Bundesregierung einen großen Schritt getan hat. Deutschland ist ein Einwanderungsland, wie andere Länder der Welt auch.

Die europäische Wirtschaft basiert auf dem freien Markt und fortschrittlichen Sozialmodellen. Es ist wichtig zu berücksichtigen, dass internationale Einwanderung notwendig ist, um diese Indikatoren aufrechtzuerhalten. Im Laufe der Zeit haben sich wirtschaftliche und finanzielle Faktoren geändert. Deshalb ist es wichtig, die Gesetze zur Einbürgerung von Ausländern flexibler und moderner zu gestalten. Diese Maßnahme trägt zur Wirtschaft und sozialen Stabilität des Landes bei.

Die Reform der deutschen Staatsangehörigkeit vereinfacht die Möglichkeit der doppelten Staatsangehörigkeit. Ausländische Staatsangehörige, wie zum Beispiel in Deutschland lebende Peruanerinnen und Peruaner, müssen ihre Geburts- und Herkunftsstaatsangehörigkeit nicht aufgeben und können die Einbürgerung unter flexibleren Voraussetzungen beantragen. Allerdings wurden die Einbürgerungsbedingungen teilweise verschärft.

Aktuelle Situation der doppelten Staatsangehörigkeit in Europa, Amerika und Asien

Viele Länder weltweit erkennen die doppelte Staatsbürgerschaft noch nicht an. Tausende von Menschen müssen ihre Geburts- und Herkunftsstaatsangehörigkeit aufgeben, um durch Einbürgerung eine andere zu erwerben. Dies hat Konsequenzen, wie z.B. psychologische, rechtliche, soziale und kulturelle.

In einigen Ländern gilt das Prinzip der einheitlichen Staatsangehörigkeit. Die doppelte Staatsangehörigkeit ist nur unter außergewöhnlichen Umständen zulässig oder wenn das Herkunftsland den Verzicht auf die Staatsangehörigkeit der Geburt und Herkunft in den jeweiligen politischen Verfassungen nicht zulässt. Menschen aus folgenden Ländern können nach derzeitiger Rechtslage nicht auf ihre Staatsangehörigkeit verzichten: Afghanistan, Algerien, Angola, Argentinien, Brasilien, Bolivien, Costa Rica, Dominikanische Republik, Ecuador, Eritrea, Guatemala, Honduras, Iran, Kuba, Libanon, Malediven, Marokko, Mexiko, Nicaragua, Nigeria, Panama, Syrien, Thailand, Tunesien und Uruguay.

Das Problem der Stigmatisierung von Bürgern mit doppelter Staatsangehörigkeit wird seit Jahren kritisiert. Jetzt ist das Thema in den Medien und der politischen Debatte wieder aufgetaucht. Ziel ist es, ausländische Talente anzuziehen, um die Wirtschaft der beteiligten Länder zu optimieren.

Weltweit erlauben derzeit ungefähr 51 Länder die doppelte Staatsbürgerschaft. Dazu gehören Deutschland, Kanada, Chile, Spanien, die Vereinigten Staaten, Frankreich, die Niederlande (nur

in Ausnahmefällen), Luxemburg, Peru, Portugal, Schweden, die Schweiz, Norwegen, Taiwan (nur in Ausnahmefällen), Russland, die Ukraine. Es ist zu beachten, dass die Liste nicht vollständig ist.

Was sind die Vorteile der doppelten Staatsbürgerschaft?

Die doppelte Staatsbürgerschaft hat einen bemerkenswerten Vorteil: Sie räumt ihren Inhabern Rechte und Pflichten in zwei Ländern ein. Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit können in verschiedenen Vertragsmodalitäten arbeiten und Unternehmen effektiv und effizient gründen. Sie können sich aktiv an den politischen Angelegenheiten beider Länder beteiligen, d.h. sie können bei den verschiedenen Wahlen wählen und gewählt werden. Sie können auch von den wirtschaftlichen und sozialen Vorteilen beider Länder profitieren, indem Sie sich an die Gesetze und Vorschriften halten, die von beiden Ländern festgelegt wurden.

Der Transit wird erleichtert und Visa werden gegebenenfalls in beiden Ländern vermieden, da die Inhaber zwei Pässe besitzen.

Mit den Rechten kommen auch Pflichten, insbesondere im Zusammenhang mit dem doppelten Wohnsitz. Als Bürger zweier Länder müssen sich Doppelstaatsbürger an die Gesetze beider Länder halten.

Welche Vorteile hat die doppelte Staatsbürgerschaft für Peruanerinnen und Peruaner?

Der Verlust der peruanischen Staatsangehörigkeit aufgrund von Geburt und Herkunft hat in Tausenden von Fällen von Peruanerinnen und Peruanern in Deutschland und vielen anderen Ländern der Welt, in denen sie gezwungen waren, darauf zu verzichten, rechtliche, psychologische, soziale und kulturelle Auswirkungen gehabt.

Die doppelte Staatsbürgerschaft ermöglicht es, Identität und Zugehörigkeitsgefühl zu bewahren oder wiederzuerlangen. Primäre Bindungen der Zuneigung und Sicherheit zum Land, in dem man geboren wurde, zu Eltern, Verwandten, Freunden und der peruanischen Gesellschaft im Allgemeinen können aufrechterhalten werden.

Der Erwerb der doppelten Staatsangehörigkeit im rechtlichen Bereich ermöglicht es Ihnen, Ihre bürgerlichen und politischen Rechte sowie diejenigen, die der Ausübung Ihrer Grundrechte entsprechen, zu wahren.

Im Folgenden werden die wichtigsten Vorteile einzeln aufgeführt:

1. Peruaner behalten ihren rechtlichen Status und ihre rechtliche Vertretung. Sie gelten nicht mehr als Ausländer und das Einwanderungsgesetz gilt nicht mehr für sie.
2. Sie können an Wahlen teilnehmen und kandidieren.
3. Peruanerinnen und Peruaner, die eine doppelte Staatsbürgerschaft besitzen, können die Staatsangehörigkeit uneingeschränkt an ihre Kinder weitergeben. Früher war dies nicht möglich, da sie ihre peruanische Staatsangehörigkeit verloren haben, bevor sie die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung erworben haben. Später konnten sie die Geburts- und Herkunftsstaatsangehörigkeit nicht auf ihre Kinder übertragen. Laut ONU sind Frauen am stärksten betroffen, da sie 56,23% der gesamten Einwanderung ausmachen, was 43,76% entspricht.
4. Sie werden nicht mehr als Touristen betrachtet und können unbegrenzt in Peru leben.
5. Sie benötigen keine ausdrückliche Genehmigung der Nationalen Aufsichtsbehörde für Migration mehr, um Rechtsakte zu unterzeichnen. Es reicht aus, die entsprechende Gebühr zu zahlen. Sie können jedes Verfahren in jeder Institution des peruanischen Staates einleiten.
6. Sie können ihre Erbrechte vor den peruanischen Behörden ausüben, unabhängig davon, ob es sich um die Judikative oder die zuständigen Notare des peruanischen Staates handelt. Außerdem erhalten sie in beiden Ländern Eigentumsrechte.
7. Sie zahlen nationale Gebühren an die SUNAT und andere staatliche Institutionen ohne hohe Kosten, die nur für Ausländer bestimmt sind.
8. Sie können bei jeder Bank oder jedem Kreditinstitut ein Spar- oder Kreditkonto eröffnen.
9. Sie zahlen nationale Steuern und Preise, wenn Sie die touristischen Gebiete des peruanischen Territoriums besuchen.
10. Sie genießen diplomatischen Schutz in Not- oder Krisenfällen in den Konsulaten beider Länder.
11. In beiden Ländern haben Sie Anspruch auf Bildungs-, Gesundheits- und Sozialleistungen.

Das Gesetz wurde bereits verabschiedet. Es wird jedoch erst in einigen Monaten in Kraft treten. Zuvor muss es noch "verkündet" werden (d.h. diverse Formalia erledigt werden) und danach gibt es noch eine Frist von zusätzlichen drei Monaten, damit sich die Behörden auf das neue Recht einstellen können.

Gott sei Dank ist es jetzt nicht mehr so weit weg wie früher, zu sagen: "Wir sind Peruaner, lasst uns immer Peruaner sein."

Ana Melva Pérez de Preitschopf, LL.M.

*Die peruanische Anwältin Ana Melva Pérez de Preitschopf, LL.M. lebt seit 2006 in München -Deutschland. Sie arbeitet in einer auf Internationales Privatrecht, Familien- und Erbrecht, Migrationsrecht spezialisierten Kanzlei sowie als Familienberaterin in einem Verein, der Migrant*innen berät.*

www.anamelvaperez.com

Facebook : [nacionalidadperuanaprojectodeley](https://www.facebook.com/nacionalidadperuanaprojectodeley)



9. Coca als Chance. Symptompolitik beenden!

Lucho Guerrero erklärt im Interview mit Heinz Schulze die vielfältigen Auswirkungen des zunehmenden Kokaanbaus und welche Lösungen es gibt.

Lucho Guerrero Figueroa war von 2000 bis 2006 Abgeordneter und Vorsitzender der parlamentarischen Kommission für alternative Entwicklung und Drogenbekämpfung des Kongresses der Republik Peru. Heinz Schulze sprach mit ihm über die gescheiterte Drogenbekämpfung und mögliche Lösungen.

Infostelle Peru: Wie steht es aktuell um den Anbau von Coca in Peru? Die konservative Zeitung El Comercio schreibt, dass die Anbaufläche von 2020 bis Ende 2022 enorm zugenommen hat und jetzt rund 105.000 Hektar beträgt. Wie sind Deine Informationen dazu?

Lucho Guerrero: Ich gehe davon aus, dass aktuell auf 150.000 bis 200.000 Hektar Coca angebaut wird. Man muss einfach die Einzelangaben zusammenzählen und bei Reisen ins Landesinnere die Augen offen halten. Wichtig ist zu wissen, dass weit mehr als 90 Prozent für die Verarbeitung zu Kokain dienen.

Diese Zunahme muss doch auch den Verantwortlichen in denjenigen Ländern zu denken geben, die als „Drogenbekämpfung“ Millionen Dollar oder Euro in den Anbau von Alternativprodukten statt Coca oder in die Vernichtung von Coca-Feldern stecken.

Das Konzept, Coca durch Projekte sogenannter Alternativprodukte zu ersetzen, ist gescheitert. Diese können nicht mit den Geldern konkurrieren, die die Drogenmafia einsetzt. Und, ich denke, dass diejenigen, die in dieser vergeblichen Form der Drogenbekämpfung tätig sind, keine wirkliche Lösung wollen. Sie würden ja ihre Arbeitsplätze verlieren. Und, die Drogenmafia setzt überall Geld ein: Sie korrumpiert und „kauft“ Bürgermeister, Abgeordnete, Minister, Funktionäre in staatlichen Stellen, Banker, Polizei, Militärs, Transporteure, Männer wie auch Frauen. Und vergessen wir nicht: Am großen Geschäft verdient ein ganzer Rattenschwanz, denken wir nur an die Produzent*innen und Verkäufer*innen der für die Herstellung von Kokain benötigten Chemikalien. Dazu kommt: Klappt es mit Bestechung nicht, kommen Druck, Drohungen, Einschüchterung und Schlimmeres. Gewalt und Mord sind Teil des Geschäfts der Mafia.

Außerhalb von Lateinamerika ist oft nicht bekannt, wie problematisch sich die Herstellung von Kokain auswirkt. Welche Probleme sind die größten?

Also, da geht es um die ganze Kette der Herstellung: Stichworte sind Abholzung, Vergiftung der Umwelt inklusive von Gewässern durch die vielen Chemikalien wie Schwefelsäure, etc., dann die Repression gegen die indigene Bevölkerung in diesen Regionen, die gesamten Umstände und Zustände bei Herstellung, Transport, Handel. Dazu kommen die immensen Manöver für Geldwäsche, die Abhängigkeit der Konsument*innen, die gesundheitlichen Auswirkungen sauberer und erst recht verunreinigter Ware, auch Beschaffungskriminalität und die gesamte Drogenkriminalität, Drogentote.

Bleiben wir noch kurz bei der Herstellung von Kokain: Ein Vorschlag lautet, einfach die Einfuhr aller zur Herstellung nötigen Chemikalien in Peru zu verbieten. Was meinst du dazu?

Das ist zu kurz gedacht. Zur Herstellung von Kokain gehört neben viel Wasser unter anderem Erdöl, Kalk, Natrium, Schwefelsäure. Die kommen aus Peru selbst oder werden auch im ganz normalen Leben benötigt, wie Äther oder Schwefelsäure – Schwefelsäure zum Beispiel für Autobatterien, Kunstdünger, Reinigungsmittel.

Man liest und sieht in peruanischen Zeitungen immer wieder, wenn als Drogenbekämpfungsmaßnahme erfolgreich Cocafelder vernichtet wurden, ein Labor aufgehoben oder Kokain beschlagnahmt wurde. Wie schätzt du das ein?

Ja, Gott sei Dank werden die Felder nicht mehr wie früher in Kolumbien aus der Luft mit Gift besprüht. Es ist ein offenes Geheimnis, dass Hinweise auf illegale Felder von der Drogenmafia selbst kommen. Sie gibt der Polizei bzw. dem Militär Hinweise, zum Beispiel auf ein verstecktes Labor im Regenwald, sodass ein Erfolg der Drogenbekämpfung vorzuzeigen ist, alle zufrieden sind – und das Geschäft weiterlaufen kann. Durch Hinweise dieser besonderen Art schaffen sich Mafia-Clans auch gern kleinere Konkurrenten vom Hals.

Kokain ist eine zerstörerische Droge. Wer gewinnt an ihr?

Okay, wenn man ein Leben auf Kosten der Menschheit als Gewinn ansieht, gehören zu den Gewinnern: Die Bosse der Kartelle, die gekauften Politiker*innen (lokal, regional, national, international), Aktionär*innen der Unternehmen, die die erforderlichen Chemikalien herstellen und verkaufen, Großtransporteure, hohe Tiere bei Polizei und Militär. Anwälte, Banker, die das Drogengeld waschen, hochrangige Mitarbeiter*innen der Drogenbekämpfung und der großen Organisationen, die Millionen schwere Alternativprojekte zum illegalen Coccaanbau durchführen lassen.

Eine völlig andere Art von Gewinn ist natürlich der Einsatz im Gesundheitsbereich, zum Beispiel in der Therapie Kranker.

Und die Verlierer sind?

Zu ihnen zählen, mittelfristig gesehen, auch die Kleinbauern, die mit dem Anbau von Coca für die Weiterverarbeitung zu Kokain zunächst gutes Geld verdienen, aber später zerstörtes Land haben; die indigene Bevölkerung, deren Lebensgrundlage, der Regenwald, abgeholzt und vergiftet wird; diejenigen Menschen, die die giftige Brühe aus Blättern und Chemikalien stampfen müssen; die Jungen, die die besonders schädliche *pasta básica* (Vorstufe des Kokain) konsumieren. Verlierer sind wir alle, natürlich die Umwelt und die peruanische Gesellschaft – allein schon, weil die immensen Summen der Einnahmen aus Drogen nicht versteuert werden und so dem Staat für z.B. Bildung oder Gesundheit nicht zur Verfügung stehen. Verlierer sind nicht zuletzt die Kokainabhängigen und deren Familien: erst recht in Verbindung mit Beschaffungskriminalität, Prostitution, Gefängnis und dem ganzen Elend.

Und, was ist nun Deiner Meinung nach die Lösung?

Die einzige Lösung ist die Legalisierung der Cocablätter. Dazu muss man wissen: Die Cocablätter enthalten 14 Alkaloide, also natürliche pflanzliche Stickstoffe, wie sie auch in Tomaten, Kartoffeln, Tabak oder Kaffee vorkommen. Nur eines der vierzehn (!) ist für die Gewinnung von Kokain tauglich. Eine Legalisierung muss den Anbau, die industrielle Verarbeitung der Cocablätter und den Handel beinhalten. Nur dann werden die guten Eigenschaften der 13 anderen Alkaloide wirklich wissenschaftlich erforscht. Auch deshalb müssen die Cocablätter endlich aus der internationalen Drogenliste (sog. Wiener Konvention) entfernt werden und die Verbote bei der

Welthandelsorganisation aufgehoben werden. ENACO, die als staatliche Stelle in Peru legal angebaute und registrierte Coca aufkauft, müsste mit kompetentem Personal die komplette legale Coca zu einem höheren Preis aufkaufen, als ihn die Drogenhändler bezahlen. Das Geld dafür kann aus den Töpfen für die ineffektiven Projekte für Alternativprodukte und aus dem Budget für die zur Drogenbekämpfung bestimmten Waffen kommen, so dass sich der illegale Anbau immer mehr erübrigt. Dadurch ergibt sich die Basis, die unzweifelhaft guten Eigenschaften der Coca und ihrer Alkaloide ernsthaft zu erforschen und zu verwenden. Erst nach der Legalisierung können Alltagsprodukte wie Mehl, Zahnpasta, Getränke, Medikamente und vieles mehr in nennenswertem Umfang entwickelt, hergestellt, vertrieben und auch exportiert werden. Und natürlich ergibt sich die Möglichkeit, die aus dem vorletzten Jahrhundert stammende Formel zur Herstellung von reinem Kokain sauber und umweltschonend zu modernisieren, um es zum Beispiel auf Rezept sinnvoll einzusetzen.

Für das Getränk Coca Cola gibt es wohl eine Ausnahmeregelung. Man hört immer, dass dafür Cocoblätter aus Peru exportiert werden?

Ich gehe davon aus, dass Coca Cola jährlich von ENACO rund 200.000 Kilo Cocoblätter erhält – trotz des Exportverbots durch das Wiener Abkommen. Das zeigt meines Erachtens, dass das Wiener Abkommen eine politische Entscheidung war, die geändert werden kann.

Vielen Dank für das Interview!

Lesetipp: Die neue Broschüre der Infostelle Peru über die Geschichte der Coca in Peru und ihre Kriminalisierung können Sie [hier](#) kostenlos herunterladen.



10. Coca – Das Blatt wenden

Coca entkriminalisieren und vielfältiger nutzen.

Eine kleine Geschichte der Coca, ihrer Kriminalisierung und welche Alternativen es für ihre Nutzung gibt.

Eine Publikation der Infostelle Peru. Dezember 2023

DOWNLOAD



Demonstrant vor der Raffinerie La Pampilla in Ventanilla ©Michele Stebler

11. Kurz gemeldet – Februar 2024

Nicht sanierte und kompensierte Umweltlasten und ein schleichender Abbau demokratischer Institutionen; der Waffenhandel mit Ecuador dagegen floriert.

Zwei Jahre nach der Repsol-Ölpest: nicht bezahlte Bußgeldern und fehlende Sanierungspläne

Am 15. Januar jährte sich zum zweiten Mal der Austritt von fast 12.000 Barrel Rohöl an der peruanischen Küste. Seitdem hat das verantwortliche Unternehmen, die Raffinerie La Pampilla des spanischen Unternehmens Repsol, dem Ministerium für Energie und Bergbau 18 Sanierungspläne vorgelegt. Keiner davon wurde bislang genehmigt. Von den verhängten [Bußgeldern](#) in Höhe von fast 110 Mio. Soles (26 Mio. Euro) hat das Unternehmen 89,5 Mio. (21 Mio. Euros) gerichtlich angefochten. Die Strafen wurden verhängt wegen Nichtbeachtung von Umweltauflagen, der Einmischung in die Aufsicht der Kontrollbehörde und für die Verantwortung für den Tod von mehr als 1.800 wild lebenden Tieren. Tausende von Kleinfischern, Händlern und anderen betroffenen Arbeiter*innen warten immer noch auf eine finanzielle Entschädigung durch das Unternehmen.

Vor kurzem hat die gemeinnützigen Organisation Stichting Environment and Fundamental Rights in den Niederlanden – wo das Unternehmen steuerlich registriert ist – [Klage](#) gegen Repsol eingereicht, die von 34.000 betroffenen Peruaner*innen unterzeichnet wurde. Die beauftragte Anwaltskanzlei schätzt den Klagewert für Entschädigungszahlungen auf über eine Milliarde Dollar. Die erste Anhörung ist für Juni 2024 festgesetzt. Ein Vertreter der Kanzlei sagte, er hoffe, dass Repsol angesichts der Dauer und Kosten eines Prozesses doch noch eine außergerichtliche Einigung mit den Opfern der Katastrophe anstrebt.

Zustand des Amazonas: Alarm und Hoffnung

Seit 2015 erstellt das [Amazonas-Überwachungs-Projekt MAAP](#) (Monitoring the Andean Amazon Project) Berichte über den Zustand des Amazonas-Regenwaldes. Der aktuelle 200. Bericht warnt vor der „sehr ernstesten und dringenden“ Situation im Amazonasgebiet, das sich zwei Kippunkten nähert. Der erste ist die befürchtete Umwandlung von Regenwäldern in Trockengebiete (Savannen), der zweite die Umwandlung von einer Kohlenstoffs Senke, die den globalen Klimawandel bremst, in eine Kohlenstoffquelle.

Es bestehe jedoch auch Hoffnung, da fast die Hälfte des Amazonas als Schutzgebiete und indigene Territorien ausgewiesen ist, die wesentlich niedrigere Entwaldungsraten aufweisen und in denen der Waldschutz gelingen könnte. Außerdem zeigen neue Daten der NASA, dass der Amazonas reichlich Kohlenstoffvorräte beherbergt. Und von 2022 bis 2023 hat der Verlust des Primärwaldes im gesamten Amazonasgebiet, insbesondere in Brasilien und Kolumbien deutlich abgenommen.

Peru ist der drittgrößte Verursacher der Entwaldung im Amazonasgebiet. Eine Ursache ist die schnelle Abholzung durch neue mennonitische Kolonien im zentralen Amazonasgebiet. Und im südlichen Amazonasgebiet ist die Abholzung für den Goldabbau weiterhin eine der Hauptursachen für die Entwaldung, vor allem in indigenen Gemeinden, Pufferzonen von Schutzgebieten und innerhalb des offiziellen Bergbaukorridors. Zwischen 2021 und 2023 wurden fast 24.000 Hektar Wald für den Goldabbau abgeholzt.

Viele Vögel sind noch da

Das würde hiesige Vogelkundlerinnen und Vogelkundler sehr freuen. Im südlichen Andengebiet, in der von Nähe Cuzco und dem Ort Chinchero, liegt auf 3.754 Metern der See Piuray. Hier zählten Mitarbeiter*innen des Instituto Nacional de Investigaciones en Glaciers y Ecosistemas de Montana (INAIGEM) in einer [Langzeitstudie](#) 147 verschiedene Vogelarten -von Wasservögeln bis Kolibris. Sie betonen, wie wichtig auch in dieser Andenregion der Schutz des Ökosystems ist. Eine

solche Vielfalt bietet eine gute Möglichkeit für einen nachhaltigen Tourismus – solange er nicht zum Massentourismus wird.

Demontage einer der wichtigsten demokratischen Institutionen

Seit dem Amtsantritt von in der Ombudsstelle Defensoría del Pueblo ist ein Exodus der Mitarbeitenden und eine Demontage der Institution zu beobachten. Zwischen Juni und Dezember 2023 sind sieben Personen zurückgetreten, unter ihnen der Büroleiter von Ayacucho, der während der Proteste im letzten Jahr eine Schlüsselrolle spielte, indem er die Übergriffe der Polizei kritisierte und als Sprachrohr der Familien der Opfer auftrat. Anfang 2024 folgten weitere Kündigungen, u.a. Lissette Vásquez, die eine wesentliche Rolle bei der Begleitung von Betroffenen gespielt hat, deren Gesundheit durch Giftmetallen beeinträchtigt ist, was für fast zehn Millionen Menschen zutrifft.

Ohne ihren neuen Leiter hätte sich die Ombudsstelle vermutlich auch zu [den Änderungen des Forstgesetzes](#) geäußert und auf die Rechte der indigenen Völker hingewiesen, so wie sie dies schon bei vielen anderen Anlässen getan hat. Die Ernennung von Josué Gutiérrez war auch deshalb kritisiert worden, da sie möglicherweise im Rahmen eines Austausches von Gefälligkeiten erfolgt ist, in den auch die ehemalige Generalstaatsanwältin verwickelt war.

Eine der wichtigsten Institutionen der angeschlagenen peruanischen Demokratie sei heute nicht mehr wiederzuerkennen, beklagt die [Menschenrechtsorganisation CooperAcción](#).

Gesundheit der Bevölkerung schlechter als vor zehn Jahren

Nach Angaben des Statistikinstitutes INEI ist der Anteil der peruanischen Bevölkerung mit mangelnder medizinischer Versorgung von 33 % im Jahr 2011 auf 37,3 % 2022 gestiegen. Am höchsten war der Anteil mit 55,4 % in der Region Puno, am niedrigsten mit 17,7 % in Tumbes. Frauen sind stärker betroffen als Männer, Ältere mehr als Kinder und Jugendliche, und Indigene mehr als die restliche Bevölkerung. Der Anteil an Menschen mit chronischen Erkrankungen hat von 2011 bis 2022 von 36 auf 42 % zugenommen. Von den über 60Jährigen leiden sogar 80 % an chronischen Gesundheitsproblemen.

(Quelle: Boletín de la exclusión al reconocimiento N. 164)

OECD empfiehlt Steuerreform

Das Jahr 2023 war für Peru wirtschaftlich wenig erfolgreich. Die Prognosen wurden regelmäßig nach unten korrigiert. In ganz Lateinamerika stagnierte nach Aussagen der Weltbank der

Rückgang der Armut, während die Ungleichheit zugenommen hat. Für Peru sagt die OECD ein Wirtschaftswachstum von 2,4% in 2024 voraus.

Die verarbeitende Industrie ist 2023 um 6,4% zurückgegangen. Die Regierung setzt auf Investitionen in die Infrastruktur mit PPP-Projekten (Public Private Partnership), eine Steigerung der Kupferproduktion und eine Erholung im Bereich des Tourismus. Die OECD legt auf zwei andere Aspekte wert, an denen die peruanische Regierung kein oder wenig Interesse zeigt: eine Steuerreform, die die öffentlichen Einnahmen erhöht, und einen effektiveren Einsatz der öffentlichen Mittel, um nötige soziale und Infrastruktur-Maßnahmen angehen zu können.

(Giancarlo Castiglione in UNO, 6.1.204)

Waffen der peruanischen Armee in den Händen der Mafia in Ecuador

In den letzten Jahren hat die städtische Gewalt durch Drogenbanden in Ecuador erheblich zugenommen, und sehr oft wurden dabei peruanische Waffen eingesetzt. Eine Untersuchung hat ergeben, dass 52 % der in ganz Ecuador beschlagnahmten Sprengstoffe in Peru hergestellt wurden. In einem Bericht des ecuadorianischen Geheimdienstes heißt es, dass im Oktober 2022 in den südlichen Grenzprovinzen des Landes Waffen (Gewehre) und Munition beschlagnahmt wurden, die vom Unternehmen FAME hergestellt wurden, das die peruanische Nationalpolizei und die peruanische Armee beliefert. Die Nachrichtenplattform [OjoPúblico](#) hat aus Geheimdienst dokumenten die Routen des Waffenschmuggels ausführlich analysiert. Die Zusammenarbeit beider Staaten zu Bekämpfung des Waffenschmuggels sei völlig unzureichend.

Rolle rückwärts: Deutschland enthält sich beim EU-Lieferkettengesetz

Alle Proteste und [Aktionen](#) haben nichts genutzt: Die FDP hält an ihrer Kehrtwende beim EU-Lieferkettengesetz fest. Im Dezember hatten sich die Europäische Kommission, das Parlament und der Rat auf einen Kompromiss geeinigt. An den Verhandlungen war FDP-Justizminister Marco Buschmann wesentlich beteiligt. Doch im Januar beschloss das FDP-Präsidium, dem Gesetz nun doch nicht zustimmen. Und Bundeskanzler Scholz macht von seiner Richtlinienkompetenz keinen Gebrauch, so dass sich Deutschland bei der Abstimmung im Rat enthalten wird, was einer Ablehnung gleichkommt. „Deutschlands Ablehnung des EU-Lieferkettengesetzes ist ein Armutszeugnis für die Demokratie und für den Menschenrechtsschutz“, kommentiert Michelle Trimborn, Sprecherin der Initiative Lieferkettengesetz.

Eine [Recherche](#) der Initiative belegt große inhaltliche Widersprüche zwischen den in den Verhandlungen eingebrachten Positionen und den aktuellen Äußerungen der FDP. Die Initiative Lieferkettengesetz bezeichnete den FDP-Präsidiumsbeschluss daher als „rein wahltaktisches Manöver“.

Quecksilberbelastung: Huancavelica soll Notstandsgebiet werden

Im Städtchen Huancavelica in den peruanischen Zentralanden wurde jahrzehntelang Quecksilber gefördert, das u. a. die Silberproduktion in Potosi (Bolivien) erst ermöglichte. Obwohl die seit der Kolonialzeit ausgebeuteten Quecksilberminen schon längst stillgelegt sind, so dauert die Kontamination bis heute an. Verschiedenste Untersuchungen in den letzten Jahren belegen, dass die Quecksilberbelastung in den Lehmziegel-Häusern, aber auch die Belastung durch Arsen, Cadmium und Blei bis heute weit über den erlaubten Standards liegt.

Das oberste Gericht von Huancavelica [hat nun angeordnet](#), dass die Behörden in Huancavelica den Notstand ausrufen und umfassende Maßnahmen zur Sanierung ergreifen müssen. Der Richterspruch erkennt erstmals das zum Teil noch aus der Kolonialzeit stammende Gesundheitsrisiko für die Bewohner Huancavelicas an. Allerdings ist Huancavelica nicht die erste Stadt, in der offiziell der Umwelt-Notstand ausgerufen wurde und in der die Behörden dennoch nicht tätig geworden sind. Es bleibt also abzuwarten, welche Taten auf dieses Urteil folgen.

Kardinal Barreto im Ruhestand – neuer Erzbischof in Huancayo

Kardinal Pedro Barreto, bekannt für sein Engagement für die Umwelt und lange Zeit Gegenspieler des ehemaligen Opus-Dei-Kardinals von Lima, Juan Carlos Cipriani, ist an seinem 80-jährigen Geburtstag in den Ruhestand versetzt worden. Damit nahm Papst Franziskus das Rücktrittsgesuch von Kardinal Barreto an. Kardinäle über 80 Jahren sind von der Papstwahl ausgeschlossen. Die Infostelle Peru wünscht Kardinal Barreto noch viele segensreiche Jahre.

Zum Nachfolger Barretos an der Spitze der Erzdiözese Huancayo ernannte der Vatikan den bisherigen Weihbischof von Huancayo, Luis Alberto Huaman Camayo.

12. Bergbau: Gemeinsame Süd-Nord-Aktionen stärken

Eine vierköpfige Delegation von Bergbaukritikern aus Peru war im November 2023 in Deutschland unterwegs.

Im November 2023 besuchte eine Delegation aus Peru Deutschland, um mit Vertretern der Zivilgesellschaft und der Regierung einen Dialog über die Auswirkungen des industriellen Bergbaus in Peru auf die globale Regierbarkeit zu beginnen.



Tagung zu partizipativem Umweltmonitoring bei der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin ©privat

Die Geldgeber der Bergwerke

Paul Maquet von der peruanischen Nicht-Regierungsorganisation „Coperación“ traf sich mit Vertretern des Nachhaltigkeitsbüros der Deutschen Bank in Frankfurt, um den Banken die Menschenrechts- und Umweltauswirkungen aus lokaler Sicht und anhand der Zeugnisse der Anwohner darzustellen.

Dieser Dialog wurde mit Unterstützung der Diözese Freiburg und von Misereor organisiert, deren Vertreter ebenfalls an dem Dialog teilnahmen. Das Treffen war Teil einer globalen Kampagne, die von [Fair Finance](#) und Oxfam organisiert wurde, um den Bericht [“A Toxic Legacy: Glencore’s Footprint in Colombia and Peru. Europäische Banken und Investoren müssen Verantwortung übernehmen”](#) vorzustellen (Berichte hier auf [Englisch](#) und [Spanisch](#)). Die Kampagne setzt sich dafür ein, dass Banken und der Finanzsektor ihren Sorgfaltspflichten nachkommen und über die Gewinne hinaus auch Verantwortung für die negativen Auswirkungen ihrer Investitionen in Bergbauprojekte im globalen Süden übernehmen. „Der Besuch in Frankfurt war wichtig, und zudem eine Gelegenheit, von unserer Organisation und den Verantwortlichen vor Ort zu lernen und in einen direkten Dialog mit den Unternehmen zu treten. Der Finanzsektor spielt eine Schlüsselrolle, wenn es darum geht, Investitionen in Betriebe zu lenken, die die Gesetze und die Rechte der Menschen achten“, erklärt Paul Maquet.

Nach seinem Besuch in Frankfurt traf Paul Maquet in Freiburg im Breisgau mit Vertretern der Zivilgesellschaft zusammen, um über die Herausforderungen der Energiewende und deren Umsetzung in Deutschland und Peru zu diskutieren. Das Treffen wurde von der Infostelle Peru und der Erzdiözese Freiburg organisiert. Die fehlende Versorgung mit erneuerbaren Energien in peruanischen Gemeinden, in denen in großem Umfang Kupfer abgebaut wird, war eines der am häufigsten diskutierten Themen. Der Technologieaustausch unter dem Gesichtspunkt der Klimagerechtigkeit wird als Möglichkeit der Zusammenarbeit vorgestellt. Wenn Sie mehr über diese Diskussion erfahren möchten, können Sie hier den [Podcast](#) hören.



Die Delegation mit Paul Maquet (Cooperaccion), Simone Valenzuela (Erzdiözese Freiburg), Mattes Tempelmann (Misereor) vor der Zentrale der Deutschen Bank in Frankfurt. ©privat

Globale Aufgaben

Jaime Borda, Direktor des bergbaukritischen Netzwerks „Red Muqui“ aus Peru, nahm an den Advocacy-Aktionen im November teil. Gemeinsam mit Mattes Tempelmann (Misereor) und Vanessa Schaeffer (Erzdiözese Freiburg) tauschten sie sich mit Vertretern des AK Rohstoffe aus, um die Herausforderungen der globalen Kupferpolitik und Möglichkeiten für gemeinsame Aktionen der Süd-Nord-Zivilgesellschaft zu diskutieren. Darüber hinaus wurden Treffen mit Parlaments- und Regierungsvertretern organisiert, um über die Situation in Peru zu informieren und Allianzen für die politische Arbeit zu bilden.

Darüber hinaus organisierten Red Muqui, die Diözese Freiburg, Misereor und die Bergbaukampagne Peru in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung das [Forum](#) „Expertendiskussion: Partizipative Umweltüberwachung und

Unternehmensverantwortung“. An der Debatte nahm Jaime Borda als Vortragender teil und tauschte sich mit Vertretern der deutschen Regierung und der Zivilgesellschaft über die ökologische Sorgfaltspflicht und die gemeinschaftliche Umweltüberwachung als Instrument für deren effektive Anwendung aus. Jaime Borda sagte: „Wir von Red Muqui sind sicher, dass die Herausforderungen global sind und dass es viele Wege für gemeinsame Süd-Nord-Aktionen gibt, die wir erforschen müssen. Der Besuch war dafür sehr wichtig“.

Inmitten der aktuellen Debatte um neue europäische Standards zur Sorgfaltspflicht und zu kritischen Rohstoffen, sowie dem Beginn der Umsetzung des Sorgfaltspflichtgesetzes in Deutschland ist der Nord-Süd-Austausch von zentraler Bedeutung.

Die Infostelle Peru setzt sich weiterhin für den Dialog ein und öffnet Wege für eine wirksame Partizipation von Menschenrechtsorganisationen, -vertretern und -aktivisten in diesen globalen politischen Prozessen.

Vanessa Schaeffer und Mattes Tempelmann



Foto: SeeyouCU/Wikimedia(CC BY-SA 3.0)

13. Kupferkonzern missachtet Menschenrechte

Die Hamburger Kupferraffinerie Aurubis lässt Aktionäre nicht über die Entlastung der Vorstände abstimmen.

Diebstähle, Risiken in der Lieferkette, Intransparenz – Aurubis sei ein Negativbeispiel für die Aktionärskultur in Deutschland, sagt Luca Schiewe von Facing Finance. Neun Nicht-Regierungsorganisation beklagen in dieser [Pressemitteilung](#) das intransparente Gebaren der Kupferraffinerie.

14. EU-Pestizide vergiften Gemüse in Peru

Ein Dauerbrenner: immer noch gelangen hochgiftige Pestizide aus Europa nach Peru.

Wieder einmal gab es bei der großen Demonstration „Wir haben es satt“ im Januar 2024 in Berlin die Forderung „Giftextporte endlich stoppen“, organisiert unter anderem von Misereor, PAN-Germany (Pestizid Action Network) und INKOTA. Die Forderung, den Export hochgiftiger Agrargifte, die in Europa verboten sind, endlich auch für Länder außerhalb Europas zu verbieten, haben wir als Informationsstelle, auch gemeinsam mit dem PAN, ebenfalls erhoben. Die Chemieriesen machen weiter Profite mit hochgiftigen Pestiziden. Sie schaden damit Bäuerinnen und Bauern und auch den Konsument*innen in Peru, die das mit Pestiziden erzeugte Gemüse auf Märkten oder in großen Supermärkten kaufen und essen. Mit einer Petition an die Bundesregierung, die [hier](#) unterzeichnet werden kann, wird einmal mehr ein Stopp der Giftextporte gefordert.

Jetzt wurde mit einer stichprobenartigen [Untersuchung](#) aufgedeckt, wie sich der Export und Einsatz von Pestiziden in Peru auswirkt.

Die peruanische Küche ist sehr vielseitig und wird international sehr gelobt. Aber bei den verwendeten Lebensmitteln ist Vorsicht geboten. Verschiedene Untersuchungen machten deutlich: Es gibt heftige Überschreitungen der Grenzwerte von zulässigen Pestiziden:

Bei Sellerieproben auf dem Markt in der Andenstadt Huaraz überschritten diese um das 149-fache den erlaubten Grenzwert des Pestizids Clorpirifos. Der Salat im Supermarkt Metro in der Großstadt Arequipa enthielt 80mal mehr Clorfenapir als erlaubt. Der Pfeffer im Geschäft von Plaza Vea in der Andenstadt Huánuco enthielt das 327fache der erlaubten Menge des Pestizids Triazofos. Besonders hohe Pestizidrückstände wurden in Tomaten, Salat, Sellerie, Pfeffer, Frühlingszwiebel oder Kartoffeln in Stichproben in Geschäften in Arequipa, Cusco, Huaraz und Huánuco gefunden. Zum Teil waren diese so hoch, dass sie nicht für den menschlichen Verzehr geeignet waren.

In Peru sind 3.344 Pestizide registriert, die verkauft werden. Diese stammen auch von Bayer, BASF oder Syngenta. Der Verkauf von pharmazeutischen Produkten aus Europa nach Peru hat einen Wert von 336 Millionen Euro (1).

Der Einfluss der Pestizidlobby ist auch in Peru sehr stark. Die schwierigen Wetterbedingungen wie das Ausbleiben des Regens zur Regenzeit und Starkregen zur Unzeit und der zunehmende Befall mit Schädlingen bringt die traditionellen Bauern dazu, bei Problemen mehr Pestizide auszubringen.

Heinz Schulze

Quelle: *Importaciones desde la Unión Europea, Seite 7 in: Reporte de Comercio Bilateral 1/2023, Peru, Ministerio de Comercio Exterior y Turismo).*

Impressum

Sie können den Newsletter bestellen über die Webseite der Informationsstelle Peru e.V., www.infostelle-peru.de

Rückmeldungen an die Newsletter-Redaktion bitte an newsletter@infostelle-peru.de

Redaktion: Hildegard Willer, Heinz Schulze, Annette Brox

Dieser Newsletter wird herausgegeben von der Informationsstelle Peru e.V. Er wird gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt und von Caritas international.

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Informationsstelle Peru e.V. verantwortlich.

Die Informationsstelle Peru e.V. wird unterstützt von den Hilfswerken Misereor und Caritas international, vom Referat Weltkirche der Erzdiözese Freiburg, von der Christlichen Arbeiterjugend Freiburg sowie von zahlreichen Mitgliedern und Spender*innen.